

# NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

Februar 2004

www.oekumenisches-netz.de

Liebe LeserInnen,

das erste Netz-Telegramm in diesem Jahr erreicht Sie in neuer Form: ein verändertes Layout gestaltet es ansprechender und ein größerer Umfang macht es inhaltsreicher. Wir haben uns dazu entschieden, die drei bis vier Ausgaben Netz-Telegramm pro Jahr nun auf zwei Ausgaben pro Jahr zu reduzieren, diese dann aber vom Umfang her zu erweitern. Dies ermöglicht den Abdruck längerer Artikel einerseits und die Senkung der hohen Versandkosten andererseits.

Speziell für die Mitglieder wird es zwischen den Netz-Telegrammen im Frühjahr und im Herbst formlosere Infobriefe bzw. E-Mail-Rundbriefe geben. Deshalb werden im Netzbüro zur Zeit die E-Mail-Adressen der Mitglieder gesammelt. Wer bisher noch nie E-Mails aus dem Netzbüro erhalten hat, dessen E-Mail-Adresse ist uns bestimmt noch unbekannt. Falls Sie an unseren Infos interessiert sind, so teilen Sie uns bitte ihr Mail-Adresse mit!

Dieses Netz-Telegramm ist inhaltlich auf die Fragen des Sozialabbaus zugespißt und soll eine große Einladung an alle LeserInnen sein, sich im Sozialforum-Prozess zu beteiligen.

*Patricia Ferendziel*

## Inhalt

Aus Widersprüchen Spielräume entwickeln...	1
Katholische Bischöfe auf Reformkurs	5
Das Ganze neu denken	7
Nachrichten aus der Region	9
„auf solchen Treffen nichts zu suchen“	
Termine, Impressum	10
Aktion gegen Sozialkahlschlag	12

## Aus Widersprüchen Spielräume entwickeln...

Über die ökonomischen, politischen und ideologischen Zusammenhänge des Sozialstaatsum- und abbaus

VON GÜNTHER SALZ

Waren Sie in diesem Jahr schon beim Arzt oder beim Apotheker? Haben Sie schon Ihren Rentenbescheid für Januar 2004 erhalten? Wollten Sie mit einer Zusatzversicherung oder einer Betriebsrente Ihren Lebensabend finanziell absichern? Haben Sie sich arbeitslos melden müssen? Oder sind Sie einfach nur zur Arbeit gegangen und haben eine Einladung zum TQM, d. h. Total-Quality-Management, vorgefunden? Falls ja, dann wissen Sie, dass Sie im Jahr der „Grausamkeiten“ angekommen sind, wie es der Presseclub vom 11. Januar 2004 genannt hat.

### Rezession und Denkkrise

Kein Zweifel, wir befinden uns in einer ökonomischen Rezession, aber auch in einer Staats- und Denkkrise. Arbeitslosigkeit und Armut steigen unaufhaltsam an - ebenso die Angst davor. Statt Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich fordert man längere und flexiblere Arbeitszeiten. Statt einer Umverteilung von oben nach unten wird die Kritik des Reichtums als Sozialneid diffamiert. Statt internationaler Partnerschaft wird die weltweite Konkurrenz beschworen, werden die sozialen Sicherungssysteme und die Opfer des Arbeitsmarktes zu den Verursachern der Krise erklärt und gegenüber Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen der Faulheits- und Missbrauchsvorwurf erhoben.

Die öffentliche Armut bei privatem Reichtum wird als unausweichlicher Sachzwang

dargestellt, ebenso wie die sog. „Globalisierung“.

### „Leistung muss sich lohnen“!

Trotz oder gerade wegen fallender Löhne und einer wachsenden Zahl „arbeitender Armer“ wird der Slogan „Leistung muss sich wieder lohnen“ proklamiert. Bei abnehmender Erwerbsarbeit werden Arbeitslose einem verschärften Arbeitszwang unterworfen und dabei scheint es kaum eine Rolle zu spielen, dass mit der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht nur die Armut ausgeweitet, sondern auch soziale Grundrechte wie das Recht auf menschenwürdiges Leben, ausgehöhlt, wenn nicht gar beseitigt werden. Der Sozialstaat zieht

sich ein neues Gewand über: Statt eines gewährenden, zuteilenden und ausgleichenden Sozialstaates wandelt er sich zum

„ermöglichenden“ und „aktivierenden“ Sozialstaat, der den Paradigmenwechsel weg von sozialen Rechten hin zu sozialen Pflichten befördert.

### Ursachen und Zusammenhänge

Welche Kräfte bringen diese Veränderungen hervor? Welche Faktoren treiben diese Dynamik an? Wer diese Fragen auch nur ansatzweise beantworten will, muss in die Tiefenstruktur unserer Gesellschaft - wenn man so will: in die Unterwelt des Kapitalismus eintauchen.



## In welcher Gesellschaft leben wir?

Wenn wir wissen wollen, in welcher Gesellschaft wir leben, ist es hilfreich, einen kurzen Blick zurück zu werfen.

Mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts löste sich die „Ökonomie des ganzen Hauses“ bzw. einer gebrauchswertorientierten Bedarfswirtschaft mit begrenzten Märkten auf. Die neu entstehende kapitalistische Gesellschaftsform machte die Produktion gesellschaftlichen Reichtums über die Ausbeutung fremder Arbeitskraft zu ihrem Hauptberuf. Das gelang ihr durch die Trennung der unmittelbaren Produzenten (der Bauern, der Kleinhandwerker usw.) von ihren Produktionsmitteln (sog. „ursprüngliche Akkumulation“). Nur so konnte die menschliche Arbeitskraft zu einer Ware werden, die sich verkaufen muss; nur so konnte sie zu einem Teil des Kapitals werden. (Nur so konnte aber auch die Arbeiterklasse entstehen.) Nur durch die Ausbeutung und Kapitalisierung menschlicher Arbeitskraft konnte die „Plusmacherei“ (Marx) zum absoluten Gesetz dieser Produktionsweise mit ihrer ungeheuren Ansammlung von Waren werden, wie wir sie heute kennen.

War das Geld in der vorkapitalistischen Warenproduktion noch Mittel zum Warenaustausch, so wird es nun zum Ausgangs- und Endpunkt eines Kreislaufes, der nicht mehr das „Verkaufen um zu Kaufen“ bezweckt, sondern das „Kaufen um zu Verkaufen“. Die Kreisläufe heißen nicht mehr Ware - Geld - Ware, sondern Geld - Ware (nämlich Produktionsmittel und Arbeitskraft) - mehr Geld.

Mehr Geld (Wert) aber, sozusagen die ‚goldenen Eier des Kapitals‘ (Marx 1890, zit. nach Salz, S.41), wird nur durch die menschliche Arbeitskraft geschaffen: Nur sie besitzt den eigentümlichen Charakter, mehr Wert zu schaffen als ihr selbst als Ware eignet; darin besteht ihr besonderer Gebrauchswert für den Kapitalisten.

## Was ist der „Mehrwert“?

Der Mehrwert meint den Unterschied zwischen dem „Wert der Arbeitskraft“ und dem Wert des Arbeitsproduktes. Dieser Unterschied kommt dadurch zustande, dass der Arbeitstag der Lohnabhängigen in a) notwendige Arbeitszeit und b) in Mehrarbeitszeit geteilt ist - ohne dass das für die Einzelnen bewusst wird; der ganze Arbeitstag scheint als bezahlt.

In Wirklichkeit erhält der Arbeiter aber nur den Wert seiner Arbeitskraft über den Lohn zurück und damit nur Teil a, die „notwendige Arbeitszeit“, erstattet. Damit kann er (in guten Zeiten) die Reproduktion seiner Arbeitskraft und seiner Familie sichern.

Den Mehrwert, also den unbezahlten Teil des Arbeitstages, streicht der Kapitalist als Eigentümer von Produktionsmitteln und des entstandenen Arbeits- bzw. Mehrproduktes ein.

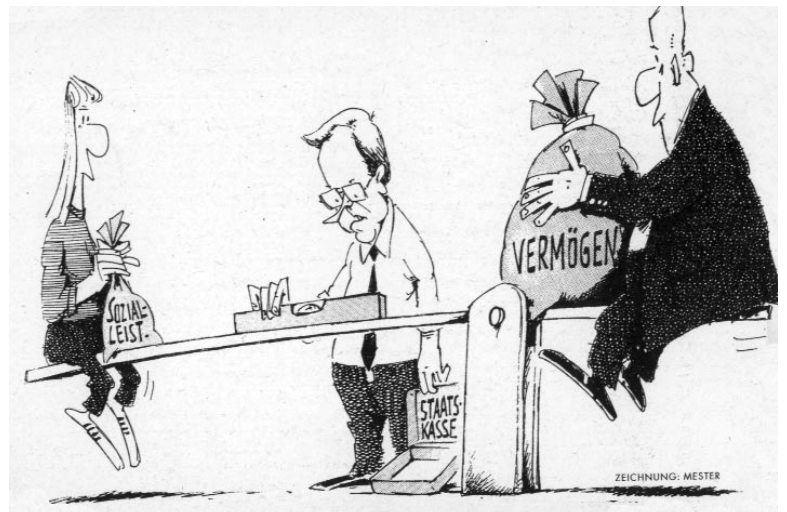
Die absolute muss von der relativen Mehrwertproduktion unterschieden werden: Die erste Form meint die Verlängerung des Arbeitstages oder die Intensivierung der Arbeit. Sie ist in Deutschland vornehmlich im 19. Jahrhundert angewandt worden, bis der Arbeitstag nach dem 1. Weltkrieg durch gesellschaftliche Kräfte - die Arbeiterbewegung - und durch staatlichen Eingriff begrenzt worden ist. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Produktivität der Arbeitskraft durch immer mehr Maschinen dermaßen erhöht worden, dass man auf die relative Mehrwertproduktion, d.h. die Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit bei allmählich verkürztem Gesamtarbeitstag übergehen konnte. Das ist auch heute noch die vorherrschende Form der Ausbeutung, die in Krisenzeiten jedoch tendenziell auf absolute Mehrwertproduktion, nämlich Verlängerung des Arbeitstages, zurückgreift.

## Das Kernproblem: Das Kapital schafft Arbeit ab...

Für die Produktion von Waren werden nicht nur Menschen beschäftigt, sondern auch Maschinen und Rohstoffe ge- und verbraucht - im weitesten Sinne die Produktionsmittel, genannt konstantes Kapital. Ob aus Geld mehr Geld geworden ist, kann man erst feststellen, wenn man den erzeugten Mehrwert mit der Gesamtinvestition, nämlich dem Maschinen- und Rohstoffumfang, dem Sachkapital, plus den Kosten für die Arbeitskraft ins Verhältnis setzt und damit die sog. Profitrate gewinnt.

Um in der Konkurrenz mit anderen Kapitalien zu bestehen, müssen die Waren so billig wie möglich verkauft werden. Der Königsweg zur Verbilligung von Waren ist, die Zeit für ihre Herstellung zu verkürzen. Das Mit-

tel der Wahl für dieses Ziel wiederum ist es, menschliche Arbeitskraft mit Maschinen zu kombinieren, ihre Produktivität zu erhöhen und dadurch die gesellschaftlich notwendige Durchschnittszeit für die Herstellung der Waren zu verkürzen. Deshalb hat sich im historischen Verlauf der Akkumulation des Kapitals dessen „technische Zusammensetzung“ verändert: der konstante Kapitalteil, die angewandten Produktionsmittel, haben auf Kosten des variablen Kapitalteils - der Arbeitskraft - gewaltig zugenommen. Menschen werden durch Maschinen ersetzt. Marx nennt diese Tendenz die „höhere organische Zusammensetzung des Kapitals“. Das hat Folgen für die Arbeitskräfte: Durch die tendenzielle Verringerung des variablen Kapitals im Vergleich zum konstanten, wird unabhängig von demografischen Entwicklungen



ein überschüssiger Bevölkerungsanteil erzeugt. Und das Fatale dabei ist mit den Worten von Karl Marx gesagt: „Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eigenen Überzähligmachung“ (zit. nach Salz, S.43f.). Mehr noch: Je produktiver die Arbeitskraft, umso mehr macht sie sich überflüssig. Ist sie „unproduktiv“, so wird sie ebenfalls weg rationalisiert. Das schafft Arbeitslosigkeit und Armut. Nicht der Sozialstaat, sondern die Kapital-Bedingungen der Lohnarbeit werden zur Armutsfalle.

Die Abnahme des variablen Kapitalteils - ablesbar an dem ständig sinkenden gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeitvolumen - macht die lebendige Arbeit und damit den Lohnkostenanteil bestimmter Waren tendenziell bedeutungsloser; andererseits ist ohne Lohnarbeit kein Mehrwert zu erzeugen und die verbliebene Lohnarbeit wird umso wichtiger.

Das ist auch der Grund dafür, dass sich die einen überarbeiten und die anderen auf null Arbeitszeit gesetzt werden.<sup>1)</sup>

**...und senkt die Profitraten**

Die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals hat aber noch eine weitere fatale Tendenz: nämlich die zum Fall der Profitraten. Denn wenn im Verhältnis zur Arbeitskraft (bei gleich bleibendem Mehrwert) die Ausgaben für die Produktionsmittel ständig zunehmen, sinkt die Profitrate. Dann aber wäre das Hauptziel des Kapitals verfehlt. Was also tun?

**Gegenstrategien des Kapitals**

Das Kapital setzt mit Vorliebe beim variablen Kapitalteil, der Arbeitskraft an. Neben dem schlichten Lohndruck über Tarifverhandlungen oder durch die offene Konkurrenz zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, hat es die Möglichkeit, den absoluten Mehrwert durch Verlängerung oder Verdichtung der Arbeitszeit zu verbessern. Bekommt es dabei Widerstand zu spüren, geht es in andere Gegenden dieser Welt, wo eine weniger organisierte Arbeitnehmerschaft bereit ist, wieder so viele Stunden zu arbeiten, wie es hier zu Lande im 19. Jahrhundert der Fall gewesen ist.

Bisweilen kann sich das Kapital solche Umstände ersparen. Dann nämlich, wenn Kapital und Arbeit in Bündnissen „beschäftigungsfördernde“ Tarifabschlüsse vereinbaren. Die Lohnbescheidenheit der letzten Jahre hatte allerdings nicht die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, sondern die Steigerung der Gewinne insbes. der Kapitalgesellschaften und Selbständigen zur Folge. (vgl. R. Roth, Nebensache, S. 383 f.)

Auch die Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten für Urlaub, Krankheit und soziale Sicherung, die zu den Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft zählen, gehört in die Kategorie „Mehrwertsteigerung“. Die Eingriffe in die solidarisch finanzierten Sozialversicherungen dienen dabei speziell den Interessen der privaten Versicherungswirtschaft.

Die zweite, große Möglichkeit ist, den relativen Mehrwert durch einen erneuten Schub an Technisierung (heute Digitalisierung) der Arbeit, d.h. durch noch höhere Produktivität, zu steigern, was allerdings die massenhafte Ersetzung weiterer Arbeitskraft zur Folge hat, wenn nicht überdurchschnittliches Wachstum entsteht.

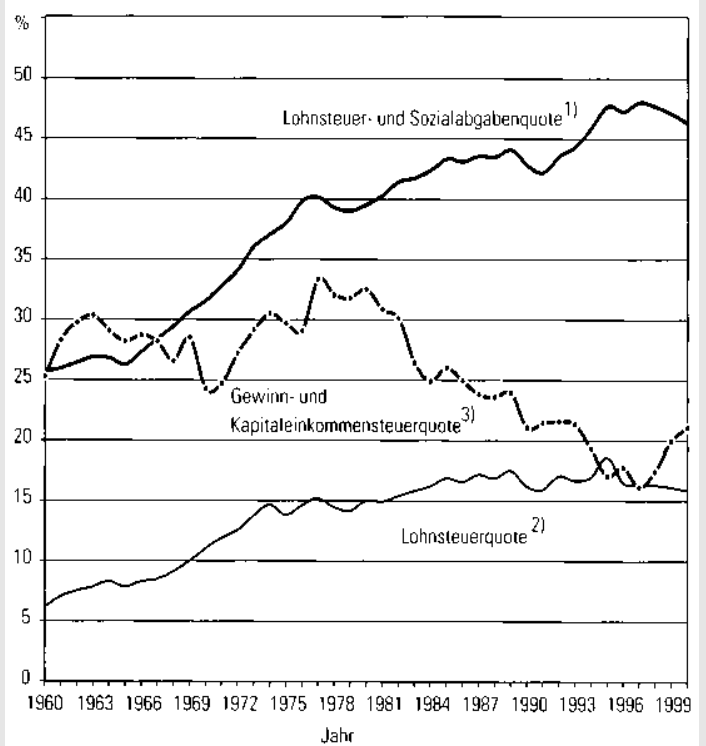
Neben dem variablen Kapitalteil bleibt aber auch der konstante nicht sakrosankt. Durch eine „Verwohlfeilung“ der Produktionsmittel, d.h. durch Verringerung der sachlichen Produktionskosten ist die Profitrate ebenfalls wieder anzuhäufen. Hierzu gehören die Beschaffung billigerer Rohstoffe aus der sog. zweiten und dritten Welt ebenso wie die Veränderung der Produktionsmethoden in Form von Just-in-time-Produktion, Lean-Production, Leasing usw.

Ein weiterer Weg zur Aufbesserung der Profitraten ist, durch spekulative Finanzgeschäfte Kapital zu akkumulieren und durch die dort erreichbaren höheren Renditen wiederum Kosten- und Rationalisierungsdruck auf die reale Produktion auszuüben. Die Ausdehnung der Märkte und die Weckung neuer Bedürfnisse durch neue Produkte, die in immer kürzeren Zeitabständen auf den Markt kommen, sollen dafür sorgen, dass sich die Rahmenbedingungen zur Profitratenerhöhung verbessern. Doch wer soll dies alles kaufen, wenn die Löhne sinken?

**Ein widersprüchlicher Prozess**

Es dürfte deutlich geworden sein, dass Kapitalakkumulation ein sehr komplexer, dynamischer, aber auch widersprüchlicher Prozess ist, der Brüche und Krisen geradezu

**Abb. 1 Steuer- und Abgabenquoten volkswirtschaftlicher Produktionsfaktoren 1960 - 2000**



- 1) Lohnsteuer und Sozialabgaben in % der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschließlich Arbeitgeberanteil).
- 2) Lohnsteuer in % der Bruttolohn- und -gehaltssumme einschließlich Beamtenpensionen.
- 3) Veranlagte Einkommenssteuer, Körperschaftsteuer, Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag, Zinsabschlag, Vermögensteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer in % der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Quelle: ATTAC/DIW Berlin

provoziert. Durch den unstillbaren Drang des Kapitals, sich auf immer höherer Stufenleiter zu verwerfen, werden periodisch Überproduktionskrisen erzeugt, die den Zusammenhang von Produktion und Reproduktion bzw. Konsumtion stören. Das betrifft den Absatz von Waren ebenso wie die Nutzung von Arbeitskräften. Die zunehmende Arbeitslosigkeit lässt nicht nur die Massenkaukraft, also die Nachfrage nach den eben produzierten Waren schwinden, sondern zerstört langsam auch die Basis der sozialen Sicherung für die Arbeitnehmer.

Die permanente Abschaffung lebendiger Arbeitskraft, im Verbund mit der Freisetzung von Kapital zu Spekulationszwecken, untergräbt langfristig und zunehmend auch die Kapitalakkumulation selbst.

Diese Brüche und Widersprüche in der Reproduktion der Lohnarbeiterschaft und in der Reproduktion des Wirtschaftskreislaufs

<sup>1)</sup> Von 1970 - 2000 ist die Gesamtarbeitszeit von 52 Mrd. Arbeitsstunden auf ca. 40 Mrd. Arbeitsstunden gesunken (vgl. Roth, Nebensache Mensch, S. 213). Im gleichen Zeitraum ist das Nettosachanlagevermögen um 531 % gestiegen, während die Bruttolohn- und Gehaltssumme „nur“ um 400 % angewachsen ist (vgl. ebenda, S. 223)

insgesamt, kann allenfalls eine Instanz zu regulieren versuchen: der Staat.

### **Aufgaben des Staates – Anspruch und Wirklichkeit**

Da die bornierten Interessen einzelner Kapitalien - die sog. „Anarchie des Marktes“ - aus sich heraus keine für alle zufriedenstellende Ordnung schaffen kann, braucht es eine ausgleichende und organisierende Instanz. So schafft der (nationale) Staat grundsätzlich den Ordnungsrahmen für das Funktionieren von Ökonomie und Gesellschaft. Manche behaupten, er täte dies im Allgemeininteresse. Der Staat steht jedoch nicht über den ökonomischen Dingen, sondern besitzt allenfalls eine Teilautonomie.

Unter den derzeit herrschenden ökonomischen, globalen und ideologischen Rahmenbedingungen agiert der Staat kapitalfunktional. Eines der wichtigsten Mittel, die Profitraten durchs staatliches Handeln zu erhöhen, ist die Steuerpolitik. Und diese ist eindeutig kapitalfreundlich und arbeitnehmerfeindlich. Denn schon unter Helmut Kohl wurde die Vermögenssteuer abgeschafft und unter Gerhard Schröder die Gewinnsteuern massiv gesenkt<sup>2)</sup>. Parallel dazu sind die Steuern und Abgaben auf Arbeitnehmereinkommen enorm gewachsen.

Gewinnsteuersenkungen sind gleichzeitig eine der Hauptgründe für die Staatsverschuldung. Nach Rainer Roth (Das Kartenhaus, S. 8) betrug die Staatsschulden 1950 insgesamt 18 Milliarden DM. Dagegen sind sie bis 1998 auf 2,3 Billionen DM gestiegen. Und jedes Jahr wächst der Schuldenberg weiter. Der Staat aber leistet seinen Schuldendienst in der Hauptsache gegenüber der Privatwirtschaft. Auch so werden die Profitraten subventioniert. Rainer Roth kommentiert: „Je stärker sich die selbstgelegte Schlinge fallender Profitraten um den Hals des Kapi-

tals zusammenzieht, desto wilder schlägt es um sich. Es muss sich Luft verschaffen. Den Druck auf die Profitraten verwandelt das Kapital in Druck auf den Staat und die Gewinnsteuern, auf die Lohnarbeiterinnen und ihre Löhne und Sozialversicherungsbeiträge.“ (Roth, Produktivität ... S. 6)

Unter diesen Bedingungen und vor dem Hintergrund der ökonomischen Rezession nimmt der Staat diesen Druck auf und gibt ihn an Arbeitnehmer, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger weiter. Unter der Maßgabe der „Lohn(neben)kostensenkung“ werden Beitragssätze in den Sozialversicherungen gedrückt und die dabei entstehenden sozia-

*„Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feyndt wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun. Wie kann es die Länge gut werden? So ich das sage, muß ich aufrührisch sein! Wohlhin!“*

Thomas Münzer  
(Hochverursachte Schutzrede, 1525)

len „Kollateralschäden“ auf die Betroffenen abgewälzt. Die Kosten für die soziale Sicherung werden z.B. über die Verkürzung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld und die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau gesenkt. Auch die aktuelle Gesundheitsreform mit ihren Zuzahlungsregelungen und der „Praxisgebühr“ ist ein beredtes Zeugnis hierfür. Zugleich wird der Niedriglohnssektor über Kombilöhne und Subventionierung von Sozialversicherungsbeiträgen ausgebaut. Dadurch wird das Phänomen der „Working poor“ auch in Deutschland sichtbar werden.

### **Ideologische Absicherung der Profitraten**

Natürlich sagt niemand, dass dies geschehe, um die Profitraten zu erhöhen. Es muss anders plausibel gemacht werden. Und dazu dienen die für diesen Zweck nützlichen Ideologien. Die aktuell dominierende ist der Neoliberalismus. Im Namen von „mehr Freiheit“ und „weniger Staatsbevormundung“ fördert er die freie Konkurrenz der Lohnabhängigen. Er spricht sich zwar gegen den Sozialstaat, aber für die „richtigen“ Staatseingriffe aus - nämlich für Subventionen auf Wachstumsindustrien und Konzerne.

Nach Roth drückt der Neoliberalismus „nicht nur aggressive Erfordernisse eines krisenhaften Stadiums der Kapitalverwertung aus, sondern auch eine Kräfteverschiebung zwischen Staat und Konzernen“. Ein probates Mittel, die Macht der Konzerne gegenüber dem Staat zu stärken, sei die wachsende

Staatsverschuldung. Der Neoliberalismus sei „die Ideologie der Herrschaft der jeweils stärksten Privatinteressen“. (Roth, Kartenhaus, S. 387)

Gesellschaftlich trägt diese Ideologie zu Entsolidarisierung und Ökonomisierung bei. Nicht nur Konsummuster, auch Werthaltungen und innerste Motive der Menschen sollen dem Diktat der Plusmacherei und Konkurrenz unterworfen werden. „Keine Leistung ohne Gegenleistung“, „was bringt es mir“ und „wie kann ich erfolgreicher sein als der oder die andere“, das sind die Fragen, die den Denk- und Gefühlsraum der Menschen bestimmen sollen. Idealtypisch wird die Figur des Arbeitskraft-Unternehmers aufgebaut. Der Arbeitnehmer als sein eigener Arbeitgeber: Damit werden die äußeren Klassenkonflikte in die Brust des Einzelnen verlegt, der im Zweifelsfall dem Unternehmerischen den Vorzug geben soll. Robert Kurz beschreibt diese Zumutung kurz und bündig als „Autokannibalismus“ (Schwarzbuch, S. 681). Die Verwandlung der abhängig Beschäftigten in die Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft dient natürlich wie immer der Steigerung des Mehrwerts.

### **Schluss**

Der Versuch, die Prozesse, Widersprüche und Tendenzen des Kapitals anhand einiger Kategorien deutlich zu machen, soll dazu anregen, aus den Widersprüchen Potentiale und Spielräume zu entwickeln, die den Lebensinteressen der Menschen dienen können. Dann ist eine andere Welt möglich!

Günther Salz / KAB Mittelrhein hielt dieses hier stark gekürzte Referat beim Koblenzer Sozialforum am 20.1.2004. Den vollständigen Text finden Sie unter [www.oekumenisches-netz.de](http://www.oekumenisches-netz.de)

### **Literatur**

Christen/Michel/Rätz:

*Sozialstaat*, Hamburg 2003

Duchrow/Hinkelammert:

*Leben ist mehr als Kapital*, Oberursel 2002

Kurz: *Schwarzbuch Kapitalismus*, Frankfurt/Main 1999

Roth: *Das Kartenhaus*, Frankfurt/Main, 2. Auflage 1999

ders.: *Nebensache Mensch*, Frankfurt/Main, 2003

ders.: *Produktivität unter der Regie des Kapitals - Quelle aller Probleme*, Vortrag vom 12.12.2002 in Bochum, [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de)

Salz: *Armut durch Reichtum*, Freiburg 1991

2) Allein die Körperschaftssteuer sank in den Jahren 2001 und 2002 um insgesamt etwa 50 Milliarden Euro (vgl. Rainer Roth, Produktivität unter der Regie des Kapitals - Quelle aller Probleme, S. 5).

Nach Duchrow und Hinkelammert (Leben ist mehr als Kapital, S. 114) fiel der Anteil der Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen von 32,6 % 1960 auf 12,3 % 1998. (s. Abb. 1, S. 4)



# Katholische Bischöfe auf Reformkurs

**„Das Soziale‘ wird neu gedacht und der neoliberale Kapitalismus erhält den Segen. Ein Kirchenpapier mit gewünschter Eindeutigkeit**

VON HERBERT BÖTTCHER

„Reformen sind notwendig. Deutschland trägt keinen weiteren Stillstand.“ So beginnt nicht eine Rede von Bundeskanzler Schröder, sondern das Impulspapier „Das Soziale neu denken“ der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischöfe. In einer Zeit, in der viele Menschen in unserem Land den Sozialabbau am eigenen Leib zu spüren bekommen, positioniert es sich ausgesprochen deutlich. Wer von der katholischen Kirche klare Worte erwartet, findet sie hier. Den Reformbedarf macht das Papier ausschließlich beim Sozialstaat aus. Die Diagnose für die wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen in unserer Gesellschaft lautet in aller Schlichtheit des neoliberalen Zeit’geistes:

## **Der Sozialstaat ist das Problem**

weil sich „ein Anspruchsdenken entwickelt hat, das vom Staat unter Missachtung des Prinzips der Subsidiarität zu viel erwartet“. Durch Verteilung versucht er, dieses Anspruchsdenken zu bedienen. So haben sich die sozialen Sicherungssysteme „von einer Absicherung gegen Notlagen zu einem undurchschaubaren Dickicht von Transferleistungen entwickelt“. Und das verursacht weitere Probleme: Der Sozialstaat belastet „fast alle Menschen in Deutschland“ mit hohen Abgaben „und trägt darüber hinaus

zu einer wachsenden Staatsverschuldung bei“. Nicht zu vergessen die strukturelle Arbeitslosigkeit, die entsteht, weil die Löhne „durch Steuern und vor allem durch Beiträge für Sozialversicherungen zu hoch belastet“ sind. Zudem untergräbt der Sozialstaat wichtige gesellschaftliche und humane Ressourcen wie Eigenverantwortung und die Bereitschaft zur Solidarität. Die Ausweitung seiner Leistungen hat nämlich „zu einer Struktur geführt, in der sich viele zunehmend auf das soziale Sicherungssystem verlassen und immer weniger auf andere Solidaritäten“.

## **Gegen Blockaden und Blockierer**

Da der Sozialstaat zum Problem geworden ist, muss er ‚reformiert‘ werden. Mit der Rhetorik ‚den Sozialstaat abbauen, um ihn zu retten‘ erreicht das Impulspapier die ‚Höhe‘ der Reformdebatte. Egal, was es zu ‚reformieren‘ gilt, immer folgt die Reformrhetorik einem ähnlichen Schema: Der Rückschritt wird zum Schritt nach vorn. Der Abbau sozialer Sicherheit sichert die Zukunft. Kollektive soziale Verantwortungslosigkeit wird zur Eigenverantwortung, die Aufkündigung der Solidarität zur Subsidiarität.

Leider gibt es immer noch Blockierer, die nicht verstanden haben, dass die Stunde der ‚Reformen‘ alternativlos geschlagen hat. Das

Impulspapier macht sie in einflussreichen Interessengruppen aus, die ihre Partikularinteressen gegen das Gemeinwohl durchsetzen. Wer genauer gemeint ist, wird nicht gesagt. Die Vermutung dürfte jedoch nicht unbegründet sein, dass vor allem die Gewerkschaften im Blick sind. Sie gelten in der ‚Reform‘debatte als Blockierer schlechthin. Die Unternehmerverbände schließlich können sich ja allein schon deshalb nicht angesprochen fühlen, weil sie ja ‚Reformen‘ fördern und fördern.

## **„Es geht um die Menschen, besonders die Ausgeschlossenen...“**

...verkündet das Impulspapier und entwickelt daraus die Forderung, den Mitgliedern der Gesellschaft „dasjenige Auskommen zu gewährleisten, das sie brauchen, um an dieser Gesellschaft teilzuhaben“. Wer wollte dem widersprechen? Im Gesamtduktus des Textes aber beziehen sich diese Aussagen nur auf einen Teilaspekt: die ‚Reform‘ des Sozialstaates. Diese ist als ‚alternativlose‘ Notwendigkeit vorausgesetzt. Deshalb führt die Option für die Armen nicht dazu, den Sozialabbau zu kritisieren und nach den dazu treibenden ‚Zwängen‘ und Interessen zu fragen. Nicht die Wirtschaft, nicht die wachsende gesellschaftliche Spaltung in arm und reich wird von der Option für die Armen her gesehen, sondern ausschließlich die ‚Reform‘ des Sozialstaates. Sie muss an ihren „Folgen für die Menschen, vor allem für die Ausgeschlossenen und kommenden Generationen gemessen“ werden.

Der Text verrät uns noch genauer, was gemeint ist: Es geht um die (sozialen) „Besitzstände einiger Privilegierter und gut Organisierter“. Wer sich durch den Sozialstaat seine „komfortable Normalität“ absichern lässt, soll sich durch den Blick auf die Armen und Ausgeschlossenen bewegen lassen, auf seine sozialstaatlich gesicherten Privilegien zu verzichten. Die Gebote sozialer Gerechtigkeit und Solidarität gelten für die ‚Kleinen‘ - und offensichtlich nicht für die ‚Großen‘.

## **Das ‚Ganze‘ neu denken...**

Statt den Sozialabbau kirchlich zu legitimieren, käme es darauf an zu fragen: Welche ökonomischen und politischen Kräfte treiben den Sozialstaat in die Krise? Wie können die Krisenerscheinungen in unserer Gesellschaft und die globalen Krisenerscheinungen besser verstanden werden? Dann zeigt sich sehr schnell als Kernproblem: „Das Kapital schafft Arbeit ab und senkt die Profitra-



*„Die Moderne ist wirklich unmö-  
dern geworden. Modernität ist  
eine qualitative Kategorie, keine  
chronologische.“*

*Adorno, Consecutio temporum,  
in: Minima moralia*

ten.“ (s. den Beitrag von Günther Salz) Abschaffung von Arbeit treibt in Arbeitslosigkeit und Armut und schwächt die Finanzierungsgrundlagen des Sozialstaates. Gleichzeitig schreien die sinkenden Profitraten nach Kompensation. Da die Vermehrung des Kapitals nicht ins Stocken geraten darf, wächst mit den sinkenden Profitraten der ‚Zwang‘, dem Kapital immer neue Verwertungsmöglichkeiten (Privatisierung) zu erschließen und die Profitraten über die Senkung von Lohn- und Lohnnebenkosten zu steigern. Beim Sozialabbau geht es dann nicht um die Rettung des Sozialstaats, sondern um Ausgleich für sinkende Profitraten. Daher ist zu befürchten, dass jede ‚Reform‘ zu weiteren ‚Reformen‘ führen wird - was die bisherige Geschichte des Sozialabbaus ja belegt.

„Die Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft...“ heißt es idealistisch im Impulspapier. In der Realität ist aber genau das Gegenteil der Fall: Die Wirtschaft steht über der Gesellschaft und unterwirft immer mehr Bereiche - von der Gesundheit über die Altenpflege bis hin zur Bildung - ihren Imperativen. So hat sogar der Bundespräsident vor der Ökonomisierung der Gesellschaft gewarnt. In diesen Prozessen wird auch der Mensch zur Ich-AG ökonomisiert. Es zählt nur der verwertbare Mensch, während Alte, Kranke, Überflüssig gemachte zu belastenden Kostenfaktoren degradiert werden. Je mehr das Kapital zur Hauptsache wird, verkommt der Mensch zur Nebensache.

Wer in diesem gesellschaftlichen Kontext nur „das Soziale neu denken“ und damit den Sozialstaat den aktuellen Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals anpassen will, segnet faktisch den neoliberalen Kapitalismus ab. ‚An der Zeit‘ wäre es aber, ‚das Ganze‘ von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft neu zu denken. Wenn es keine Alternativen dazu

gibt, immer mehr soziale und humane Bereiche auf dem Altar des unbegrenzten Dranges der Vermehrung des Kapitals zu ‚opfern‘, ist der Kapitalismus, was seine Sozialverträglichkeit angeht, gescheitert. In seinem Rahmen gibt es keine humane Perspektive für das Zusammenleben der einen Menschheit auf dem einen Globus. Zu fragen ist deshalb nicht einfach, wie das ‚Soziale‘ kapitalverträglich gedacht und gestaltet werden kann, sondern wie eine Wirtschaft im Dienst des Lebens möglich gemacht werden kann und welche politischen und gesellschaftlichen Veränderungen dazu nötig sind. Wie können Gebrauchswerte, die dem Leben dienen, produziert werden statt die Produktion auf abstrakte Tauschwerte auszurichten? Wie kann der Produktivitätsfortschritt und die damit eingesparte Arbeitszeit allen zu gute kommen? Wie kann der gesellschaftlich produzierte Reichtum in den Dienst des Lebens gestellt werden? Wenn es keine Alternativen im Kapitalismus gibt, müssen wir Alternativen zum Kapitalismus denken.

### **...als Aufgabe der Kirchen**

Von ihrem ureigenen Selbstverständnis her müssten die Kirchen solche Herausforderungen annehmen. Die vorrangige ‚Option für die Armen‘ liefert die Möglichkeit zu erkennen, wer die Opfer der nationalen und globalen Zerstörungsprozesse sind, die unter dem Schein von ‚Reformen‘ nun auch im Norden als ‚Strukturanpassungsprogramme‘ durchgesetzt werden. Dies setzt jedoch voraus, dass die ‚Option für die Armen‘ nicht wie im Impulspapier halbiert wird. Von ihr her ist ‚das Ganze‘ zu beurteilen: Nicht das ‚Soziale‘, sondern die Organisation von Wirtschaft und Politik, nicht einfach Verteilungs- und Beteiligungsgerechtigkeit innerhalb ‚des Sozialen‘, sondern die Reichtumsverteilung in der Gesellschaft und auf dem Globus.

Noch brisanter wird die Frage nach dem ‚Ganzen‘ für die Kirche, wenn ihr ureigenes Thema - die Frage nach Gott - ins Spiel kommt. Damit wird die Auseinandersetzung mit Wirtschaft und Politik - mit Kapital und Macht - zur Frage der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen. Diese Unterscheidung müsste den Blick schärfen für den Fetischcharakter der grenzenlosen und ‚unendlichen‘ Akkumulation des Kapitals.

Seine sich verschärfenden Verwertungskrisen unterwerfen die Gesellschaft immer mehr der scheinbar unendlichen Kette der Selbstverwertung des Kapitals. Das Kapital ist das Alpha und das Omega - der Ausgangspunkt und der Zielpunkt - der immer gleichen Bewegung, in der das Kapital die Verwertung seiner Selbst sucht. Den Zwängen dieses irrationalen Verwertungsprozesses werden die Lebensinteressen der Menschen und die Schöpfung als Lebensraum geopfert. Nicht das Anspruchsdenken der ‚kleinen Leute‘ ist das Problem, sondern die unendlichen und deshalb unstillbaren Ansprüche, die mit der Dynamik der Vermehrung des Kapitals verbunden sind.

Hier zu widersprechen wird zur theologischen Frage der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen. So wenig es möglich ist, Gott zu identifizieren und genau zu sagen, wo er ist und wer er ist, so kann doch entschieden gesagt werden wo nicht Gott, sondern einem Götzen gedient wird. Dies im Blick auf die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus zu tun ist ebenso eine Frage kirchlicher Identität wie die Option für die Armen.

In der deutschen Kirchenlandschaft mag dies exotisch klingen. Wir wissen aber, dass vor allem in den armen Kirchen die Stimmen laut werden, die im Blick auf die kapitalistische Wirtschaft die Unterscheidung zwischen Gott und Götzen einfordern. So hatte die afrikanische Vorbereitungskonferenz auf die 23. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes bereits 1997 festgestellt, dass „heute die Weltwirtschaft sakralisiert und auf einen imperialen Thron gehoben wird. Sie hat den Platz der Menschen eingenommen, die sie einst geschaffen haben. Die Weltwirtschaft hat neu definiert, was es heißt menschlich zu sein. Sie ist nämlich die Schöpferin des menschlichen Wesens geworden. Dadurch usurpiert sie die Souveränität Gottes und maßt sich eine Freiheit an, die allein Gott zukommt. Für uns Christen wirft dies die Frage des Götzendienstes auf und der Loyalität Gott oder dem Mammon gegenüber.“

#### **Materialien:**

Bibelarbeit im Kontext kapitalistischer Globalisierung. Broschüre zum Jahr der Bibel, hg. von KAB Trier, Ökumenisches Netz u.a., Trier 2003, Stückpreis 3,00 Euro zzgl. Versandkosten

Bezug: Netzbüro, Tel: (0 26 31) 35 41 40, eMail: oekumenisches.netz@t-online.de





Foto: www.pixelquelle.de

## „Das Ganze neu denken!“

### Mit Sozialforen das „Ende der Runden Tische“ einläuten

VON SABINE FERENSCHILD

Immer mehr Menschen in Deutschland empören sich über den massiven Sozialkahltschlag, der bereits durch zahlreiche Einzelmaßnahmen bittere Realität ist, der aber sicher noch nicht an sein Ende gekommen ist. Diese Empörung führt viele Menschen zu den überall entstehenden Kommunalen oder Regionalen Sozialforen, auch in unserer Region. Die letzten Netz-Telegramme berichteten bereits über dieses noch junge Modell der politischen Auseinandersetzung.

#### **Von der globalen zur lokalen Ebene**

Den Anstoß zur Gründung von Sozialforen gab das zweite Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien:

Die dort zu Beginn des Jahres 2002 versammelte globalisierungskritische Bewegung regte die Durchführung kontinentaler und regionaler Sozialforen an. Denn dieses Modell eines offenen Raums „der Reflektion und der demokratischen Debatte, der Formulierung von Vorschlägen, des freien Austauschs von Erfahrungen und der Vernetzung für effektive Aktionen“ (Charta des Weltsozialforums) könne nur dann erfolgreich sein, wenn weltweit an der Durchsetzung einer „anderen Welt“ gearbeitet werde. Jenseits ideologischer Scheuklappen und organisatorischer Grenzen käme es darauf an, den Folgen der Globalisierung vor Ort nachzuspüren, die lokalen Widerstände gegen die neoliberale Globalisierung zu bündeln und zu stärken.

Dieser Anstoß führte in den letzten Jahren zu zahlreichen kontinentalen, regionalen, landesweiten und kommunalen Sozialforen. In 2002 und 2003 fanden Europäische Sozi-

alforen statt. Zum 2. Europäischen Sozialforum (November 2003 in Paris) fuhr auch eine Gruppe des Ökumenischen Netzes, um den internationalen Teil dieses Prozesses kennen zu lernen.

Aber auch in unserer Region hat dieser Prozess begonnen: Nach dem Auftakt durch das Regionale Sozialforum in Trier im Juli 2003, zu dem das Ökumenische Netz eingeladen hatte (s. Netz-Telegramm 2/2003 und die Netz-Homepage), sind in Saarbrücken und in Koblenz Kommunale Sozialforen entstanden. In Trier und in Bad Kreuznach wird es im März bzw. Mai diesen Jahres erste Treffen zur Gründung eines Kommunalen Sozialforums geben. Bei allen diesen Prozessen arbeitet das Ökumenische Netz mit und unterstützt auch gerne die Gründung weiterer Sozialforen.

#### **Verschiedene Ebenen - eine Bewegung**

Doch trotz der verschiedenen Ebenen - global, regional, kommunal - erheben die Sozialforen den Anspruch, *eine* Bewegung zu vereinen. So schwierig die Einlösung dieses Anspruchs ist, so wichtig ist es zugleich, auf ihm zu beharren. Denn die globale Ebene zieht ihre Ressourcen aus dem lokalen Widerstand und der lokalen Vernetzung. Als reines „Globalhappening“ ohne lokale Verankerung wären die Weltsozialforen vermutlich binnen kurzem ein Auslaufmodell. Aber auch die kontinentale und kommunale Ebene ist auf die Weltebene angewiesen. Die Empörung gegen den Sozialabbau bei uns könnte sonst nämlich allzu leicht stecken bleiben im Protest gegen eine Einzelmaßnahme des Sozialabbaus oder münden in

der Verherrlichung der „goldenen Sozialstaats-Jahre“, die hier relativen Wohlstand für viele brachten. : „Welch anderes Gesicht bekommt dieser relative Wohlstand aber, wenn man auf seine Grundlagen schaut: die Ausbeutung des Südens, die patriarchale Arbeitsteilung, die der weiblichen Hälfte der Bevölkerung nur einen abgeleiteten Wohlstand und gering qualifizierte Arbeitsplätze läßt, die wachsende Armut rund um die Wohlstandsinseln, die bis Ende der 80er Jahre notwendige materielle Bindung der westlichen Bevölkerungen an „ihr“ Lebens- und Wirtschaftsmodell im ideologischen Kampf mit dem Ostblock. Die globale Perspektive der Sozialforen kann und muß dazu beitragen, die berechtigte Empörung über den Sozialabbau einzubetten in eine Diskussion über die Ursachen des Sozialabbaus hier und global und seines Zusammenhangs mit unserer Lebens- und Wirtschaftsform. Wenn das gelingt, können die Sozialforen zu Keimzellen einer selbstorganisierten Widerstandsbewegung und eines „organisierten Gegenwissens“ werden.

#### **Das „Ende der Runden Tische“**

Daran wird deutlich, dass die Sozialforen eine zu den in den 90er Jahren so beliebten Runden Tischen konträre Strategie verfolgen: Natürlich ist Austausch und Diskussion wichtig, auch politische Aktionen haben eine große Bedeutung. Doch im Unterschied zu den Runden Tischen wollen die Sozialforen Wirtschaftsvertreter und politische Entscheidungsträger nicht in ihren Reihen (s. auch Netztelegramm S. 9). So versuchen sie, ein „Machtgefälle“ zu vermeiden, das im Rahmen der Runden Tische immer vorhanden, aber selten thematisiert wurde. Im Unterschied zu den Runden Tischen dienen die Sozialforen nicht dem Gespräch mit dem politischen „Gegenüber“, sondern dem Gespräch untereinander. Zwei zentrale Argumente sprechen für diesen Strategiewechsel: 1. Das Machtgefälle an den Runden Tischen (Politik - unter Druck von Standortfragen und

Wiederwahl-Interessen; Wirtschaft - unter Konkurrenzdruck; Zivilgesellschaft - glücklich, dass sie ernst genommen wird) sowie der Erfolgsdruck („Nicht nur reden, handeln!“; „Wir müssen was vorzeigen können!“) führten in der Regel zu pragmatischen, umsetzbaren, meist ökologischen Projekten, denen alle Parteien zustimmen konnten. Der Minimalkonsens mündet so in maximalem Pragmatismus. 2. Die Vielfältigkeit der „Zivilgesellschaft“ ruft geradezu nach einer internen Verständigung, Diskussion und Perspektiventwicklung bevor Gespräche mit der „anderen Seite“ begonnen werden. Bei aller Berechtigung und Notwendigkeit von Einzelkampagnen dienen die Sozialforen der Rückeroberung des Blicks „aufs Ganze“.

### Eine Zwischenbilanz

Zum Gelingen dieses „Blicks aufs Ganze“ und der notwendig folgenden „Veränderung des Ganzen“ müssen alle Ebenen der Sozialforen beitragen. Diese befinden sich allerdings in einem Zustand der Ungleichzeitigkeit:

Auf kommunaler Ebene stecken die Sozialforen, zumindest in unserer Region, noch in den Kinderschuhen. In Koblenz und Saarbrücken, den beiden „laufenden“ Sozialforum-Prozessen, stehen Bestandsaufnahme, Diskussion und Austausch im Mittelpunkt. Die Bündnisbreite bringt Menschen unterschiedlicher „Jargons“ zusammen, die sich erst „einreden“ und auch eine gemeinsame Schwerpunktsetzung erarbeiten müssen. Scheint sich die Beschäftigung in Saarbrücken auf das Thema Bildung im Kontext von Ökonomisierung und Privatisierung zuzuspitzen, so wird das Koblenzer Sozialforum sich nach der grundlegenden Analyse des Januar-Treffens (s. Beitrag von Günther Salz) als nächstes mit dem GATS-Abkommen und seinen Implikationen vor allem für Bildung, Wasser, Gesundheit und Frauen beschäftigen. In dieser Analyse und Diskussionsphase darf allerdings nicht nur der „erste“, möglichst schnell zurückzulegende Schritt gesehen werden. Vielmehr macht diese Phase den eigentlichen Forum-scharakter aus und darf m.E. bei allen weiteren Schritten nicht aufgegeben werden.

Auf Bundesebene existieren Pläne zur Initiierung eines bundesweiten Sozialforums, evtl. im Herbst diesen Jahres. VertreterInnen der regionalen und kommunalen Sozialforen verabreden Ende Februar in Frankfurt das weitere Vorgehen.

Auf europäischer Ebene existiert neben dem Forum-Charakter mit dem parallelen „Tref-

fen der sozialen Bewegungen“ auch eine politische Aktionsebene, die sich letztes Jahr im Aufruf zur Anti-Kriegsdemonstration am 15. Februar kristallisierte sowie in diesem Jahr im Aufruf zur europaweiten Demonstration „Alle gemeinsam gegen Sozialkahl Schlag“ am 3.4. aufruft (s. letzte Seite dieses Netztelegramms). In Deutschland wird zu Demonstrationen nach Berlin, Köln und Stuttgart aufgerufen. (Der DGB Koblenz organisiert eine kostenlose Anreise aus der Koblenzer Region nach Köln! Kontakt: gabi.weber@dgb.de)

### Vom Lokalen zum Globalen

Auf Weltebene fand im Januar diesen Jahres das vierte Weltsozialforum im indischen Mumbai (Bombay) statt. Wie in den letzten Jahren auch war es eine bunte Riesenveranstaltung mit mehr als 100.000 TeilnehmerInnen. Durch den asiatischen Tagungsort rückten allerdings andere Themen wie z.B. die Situation der indischen Dalits (Unberühbare) in den Mittelpunkt. Aber auch die Diskussion über die künftige politische Strategie spielte und spielt in der Nacharbeit eine große Rolle. So forderte die indische Schriftstellerin und Aktivistin Arundhati Roy in ihrer Rede unter dem Titel „Feiertagsproteste stoppen keine Kriege“ die Schärfung und Justierung gewaltfreien Widerstands, damit er nicht „zu ineffektivem, wohlgefälligem politischen Theater“ verkümmere. Die Strategie Mahatma Gandhis sei das richtige Vorbild:

„Wir müssen dringend unsere Strategien des Widerstands diskutieren. Wir müssen reale Ziele ins Visier nehmen und wirklichen Schaden anrichten. Gandhis Salzmarsh war nicht lediglich politisches Theater. Als in einem simplen Akt von Ungehorsam Tausende Inder zum Meer marschierten und dort ihr Salz gewannen, brachen sie das Gesetz der Salzsteuer. Das was ein direkter Schlag gegen den ökonomischen Unterbau des britischen Empires. Er war real.“

Während also im Süden die Diskussion um die systemverändernde Aktion in den Vordergrund tritt, kommen aus dem Norden Vorschläge zur Weiterentwicklung der politischen Leitlinien. Bisher beruht die Zusammenarbeit der Sozialforen auf der 2001 verabredeten „Charta des Weltsozialforums“, die inhaltlich die Gegnerschaft zur neoliberalen Globalisie-

rung formuliert und ansonsten den „offenen Raum Sozialforum“ beschreibt. Ein Vorschlag zu einer „Formatänderung“ der Sozialforen kommt von Bernard Cassen / attac: Die Sozialforen sollten „zur Politik übergehen“ und mit diesem Ziel „so eine Art „Konsensus von Porto Alegre“ entwickeln, den man dem „Washington Konsensus“ entgegenstellen könnte.“ (Sand im Getriebe, Jan. 2004) Analog schlägt er einen solchen Konsensus auf der Ebene der Kontinente und der Länder vor: „Es sollte darum gehen, Elemente eines neuen „Paradigma“ herauszuarbeiten, die zwar einen Bruch vom Neoliberalismus darstellen, aber doch offen genug sein sollten, um eine Vielfalt von politischen Umsetzungen zuzulassen, um die Unterschiedlichkeiten der Bewegungsteilnehmer zu respektieren und die Einbeziehung weiterer Kräfte zu ermöglichen.“ (ebd.)

Beide Anstöße scheinen für die Weiterentwicklung der Sozialforen wichtig zu sein: Arundhati Roys Vorschlag, im südlichen Kontext entwickelt, reflektiert vermutlich mehr den sozialen Sprengstoff in den Gesellschaften des Südens, der zu politischer Aktion drängt. Dieser soziale Sprengstoff scheint



Weltsozialforum Mumbai 2004

(Foto: Ann Stafford)

in den Gesellschaften des Nordens noch nicht so geballt vorhanden zu sein und reicht in Deutschland bisher gerade zu ungewöhnlich hohen Teilnahmen an Demonstrationen gegen den Sozialabbau. Aber das kann sich angesichts des rasanten Sozialabbaus rasch ändern.

Positiv interpretiert könnte der Vorschlag eines „Konsensus von Porto Alegre“ ein Beitrag zur Rückeroberung von Begriffen und zur Re-Konstruktion der Vision einer „anderen Welt“ führen, die vielen in den langen Jahren der Kampagnenarbeit vor lauter „politikfähigen“, pragmatischen Einzelzielen vielleicht abhanden gekommen ist.



## Nachrichten aus der Region

### „Aktionsbündnis gegen AIDS“ - Initiative im Bistum Trier - 28. Februar - 1. Dezember

In Deutschland haben sich zahlreiche Organisationen (z. B. Ärzte ohne Grenzen, Brot für die Welt, Misereor, missio, Renovabis), Basisgruppen und Gemeinden zum ökumenischen „Aktionsbündnis gegen AIDS“ zusammen geschlossen. Das Aktionsbündnis fordert:

Dass sich die Bundesrepublik stärker als bisher der Herausforderung „AIDS“ stellt und in den Globalen Fonds der UNO für den Kampf gegen AIDS, Malaria und Tuberkulose 350 Millionen Euro pro Jahr einbringt.

Dass die Pharmaindustrie die notwendigen Medikamente für die betroffenen, extrem armen Länder zu den Herstellungskosten bereit stellt.

Im Bistum Trier gibt es eine Gruppe, die diesen Kampf des Aktionsbündnisses unterstützt z. B. KEB, kfd, KDFB, BDKJ, missio, Paulinus u. a. Es wird Aktionen in Gemeinden, Schulen, Institutionen, organisiert von Gruppen und Initiativen vor Ort geben. Derzeit sind geplant:

- Eine Unterschriftenaktion für die Ziele des „Aktionsbündnisses“.
- eine „4-Euro-Aktion“ für konkrete Projekte von aus unserem Bistum stammenden Missionarinnen und Missionaren, im Kampf gegen AIDS in Afrika (wie z.B. die ehemalige Netz-Vorsitzende Anne Lonsdorfer, Anm.d.Red.)
- eine Wanderausstellung zum Thema AIDS
- eine Tournee des Jugendtheaters Muka aus Südafrika zum Thema AIDS 1.-6. Mai
- Aktionen bei den Heilig-Rock-Tagen 2004 (bes. am 1. Mai), bei der Landesgartenschau und in den Fußgängerzonen verschiedener Städte
- Gottesdienste und Veranstaltungen in den Gemeinden, in Verbänden und Schulen

Kontakt und Verantwortlich:

Diözesanstelle Weltkirche, Referat Missio, Werner Schmitz, Hinter dem Dom 6, 54290 Trier, Tel.: 0651/7105-598, Fax: -125 e-mail: werner.schmitz@bgv-trier.de,

### 01.05.04 Regionaler Abschluss der Fairnessring Aktion

Im Rahmen der Entschuldungskampagne Erlassjahr.de, findet auf dem Gelände der Landesgartenschau die Fairnessring-Aktion ihren Abschluss. Informationen, Straßentheater,

Großpuppenszenen, Musik gibt es ab 11.00h. Am Nachmittag stehen Informationen zum FTAP (Faires u. transparentes Verfahren bei der Entschuldung) am Bsp. Boliviens im Mittelpunkt. Daneben findet die Übergabe der Ringe an lokale MdB's statt. Infos: KJZ Trier, Lorenz Müller, Tel. 0651-76077

### Mai 2004.

### Gewaltpräventionswochen (GWP) in der Region Trier.

Die GWP finden zum sechsten Mal statt. Ein breites Bündnis von Trägern bietet Seminare, Informationsveranstaltungen, Trainings, Kino uvm. an. Ein Programmheft kann ab April bezogen werden. Infos und Programmheft: e-mail: KJZ-Trier@gmx.de

### Kampagne für Saubere Kleidung

25.4. Die CCC beteiligt sich am von Karstadt organisierten „Ruhrmarathon“.

Mit phantasievollen Kostümen und Aktionen wollen wir auf die Missstände in den Bekleidungsfabriken aufmerksam machen. Wer Lust hat, mitzumachen, melde sich bitte bei der CIR (ci-romero@t-online.de)! Wir suchen Leute, die mitlaufen - es gibt auch einen 5-km-Lauf - oder Infostände, etc. organisieren.

## „...auf solchen Treffen nichts zu suchen“

„Das Weltsozialforum erhöht den Druck zu handeln“ Unter diesem Titel druckte die Stuttgarter Zeitung am 22. 1. 2004 ein Interview mit Kerstin Müller (B90/ Die Grünen, MDB) ab, die als „Gesandte“ der Bundesregierung am 4. Weltsozialforum teilgenommen hatte.

Da Kerstin Müller in diesem Interview das Weltsozialforum missbrauchte, um die Wiederaufnahme der in Cancun gescheiterten WTO-Verhandlungen zu fordern, schrieb die Globalisierungskritikerin und Kölner Professorin Maria Mies einen sehr lesenswerten Brief:

„In Ihrem Bericht über das Weltsozialforum in Mumbai schreiben Sie, dass die Bundesregierung in Kerstin Müller „zum ersten Mal eine Vertreterin zum Welttreffen der Globalisierungsgegner“ geschickt habe. Hier ist zunächst zu fragen, ist der Bundesregierung, ist Frau Müller bewusst, dass die Charta des Weltsozialforums Parteimitglieder und Regierungsvertreter ausdrücklich als Beauftragte

ihrer Parteien oder Regierung von diesem Forum ausschließt? Mit gutem Grund. Denn es sind die herrschenden Parteien und Regierungen, die überall die neoliberale Agenda in ihren Ländern und weltweit durchgesetzt haben und weiterhin durchsetzen. Wenn sich jetzt eine weltweite Protestbewegung gegen diese natur- und menschenfeindliche Politik formiert hat, dann haben die Damen und Herren, die diese Politik zu verantworten haben, auf solchen Treffen nichts zu suchen. Zumindest solange nicht, so lange sie in ihren eigenen Ländern die Politik der Privatisierung aller Öffentlichen Güter, den Abbau des Sozialstaates, die Deregulierung von Arbeiterrechten, die Einführung von genmanipulierter Nahrung gegen den Willen der Bevölkerung betreibt, kurz, solange sie die neoliberale Globalisierung nicht grundsätzlich in Frage stellt. Das WSF wurde ausdrücklich deshalb als Gegenpol zum Weltwirtschaftsforum in Davos gegründet, weil die Globalisierungsgegner nach schlechten

Erfahrungen nichts mehr von den immer wieder beschworenen „Dialogen zur Gestaltung der Globalisierung“ erwarten.

Abgesehen von der merkwürdigen Interpretation von Frau Müller, dass das WSF den Druck auf die Bundesregierung erhöht habe, die nach Cancun gescheiterten Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Handels wieder aufzunehmen, ist zu fragen, warum die Regierung gerade jetzt jemanden offiziell zur Teilnahme am WSF delegiert. Will sie etwa ihren Popularitätsverlust im eigenen Lande dadurch ausgleichen, dass sie so tut, als wäre sie auch auf der Seite der Globalisierungsgegner? Will sie vielleicht die Protestbewegung statt der Globalisierung „gestalten“?

Köln, 8. Februar 2004

Prof. Dr. Maria Mies

## Nadelstiche von Verbraucherinnen – Modemultis in Bewegung

26./27.3. in Hattingen Aktionsseminar der CCC  
Anmeldung: ccc-d@vemission.org

### 12. 6. Aktionstag der CCC in Deutschland (Beginn Fußball-EM)

Die Hauptaktion findet am 12.6. statt, dem deutschlandweiten Aktionstag der CCC. Die zentrale Aktion ist in Köln mit „Etikettenschwindel“, Straßentheater und der Pressekonferenz. Wir laden euch alle ein, dezentral etwas am 12.6. in eurer Stadt oder Gemeinde zu organisieren - von Infostand bis Großaktion - Ready - Steady - Go!! Bald gibt es einen Aktionsleitfaden dazu! Im März erscheint auch eine Sportbroschüre.

## Regionalkonferenz

Die Unterscheidung zwischen Gott und Götzen in einem „verbindlichen Prozess des Erkennens, Lernens und Bekennens (processus confessionis)“ auch in den Kirchen des Nordens ist Anliegen vieler ökumenischer Basisgruppen, u.a. des Ökumenischen Netzes. Gemeinsam mit anderen ökumenischen Organisationen (Solidarische Kirche im Rheinland, Oikocredit, Südwind, Ökumenisches Netz Mittelrhein, Gemeindedienst für Mission und Ökumene u.a.) und in Kooperation mit KAIROS Europa laden wir zu einer Regionalkonferenz „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ am 26.-28. März nach Essen ein.

Infos: Netzbüro, Tel.: (0 26 31) 35 41 40,  
eMail: oekumenisches.netz@t-online.de

## Impressum:

### Netz-Telegramm Februar 2004

Informationen des Ökumenischen Netzes  
Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes, Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied,  
Tel. (0 26 31) 35 41 40,  
e-mail: oekumenisches.netz@t-online.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,  
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des ABP und aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750

Februar 2004

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

# IN DER REGION · VERANSTALTUNGEN IN DER REGION · VERANSTALT

## März

1.3., 19.30-22h, Cochem, Martinshaus

### Unser tägliches Brot gib uns. Heute

Einführung in die Misereor Fastenaktion 2004 und Vorstellung des neuen Hungertuches  
Referentin: Ursula Bremm-Gerhards, Misereor, Aachen

Veranstalter: KEB Mayen

3.3., 19-21h, Friedrich-Spee-Haus /  
Neuwied

### Einführungsveranstaltung „Aktionsbündnis gegen AIDS“

Hintergrundinformationen zur AIDS-Pandemie in Afrika / Ziele des bundesweiten ökumenischen Aktionsbündnisses / Vorstellung von Arbeitshilfen, Materialien und Aktionsverschlagen.

Veranstalter: Region und KEB Koblenz/Rhein-Mosel-Ahr und Initiative Aktionsbündnis gegen AIDS im Bistum Trier

12.-14.3., EIRENE-Haus Neuwied

### Handel und geistiges Eigentum: Ein TRIPS ins Ungewisse?

Zur Bedeutung der Trade Related aspects of Intellectual Property Rights auf Projektpartner im Süden

Anmeldung unter E-Mail eirene-d@com-link.org

Veranstalter: EIRENE-Deutscher Zweig e.V.

13.3., 9.30-17h, Ev. Gemeindezentrum  
Polch

### Polch III. Dritter regionaler Studientag „Entschuldung fair ändern“

Veranstalter: Erlassjahr-Gruppe des Ev. Kirchenkreises Koblenz u.a.



17. 3., 11-13 h, Mainz, Schillerplatz

### „Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen“

Mahnwache vor dem Innenministerium zum Bleiberecht für Flüchtlinge

Veranstalter: LAG Asyl

Infos: www.asyl-rlp.org

20.3., 11h, Luisenplatz, Neuwied  
Innenstadt

### Mahnwache gegen den Krieg

Protestaktion zum Jahrestag des Beginns des Irak-Krieges

Veranstalter: EIRENE, Ökumenisches Netz

20.3., 11-13h, Löhrstr. Koblenz / Arche Noa  
Brunnen

### Stand von amnesty international

23.3., 19.30h, Christuskirche Koblenz

### 3. Treffen des Koblenzer Sozialforums: Was bedeutet das GATS für Koblenz?

Infos: Netzbüro

23.3., 18-21h, Kaiserslautern

### Konkrete Auswirkungen der Hartz-Gesetze

Impuls-Veranstaltung zum Sozialgipfel Westpfalz

Veranstalter: DGB, IG Metall, Ver.di, Attac, Arbeit und Leben, Caritas, Ev. Bildungsstelle

23.3., 20h, Pfarrheim Liebfrauen/Püttlingen

### „Hart(z)e Zeiten mit der Agenda 2010“ - Über die Auswirkungen des sozialen Kahlschlags

Referent: Egbert Ulrich / KAB

Veranstalter: KAB Saar

26./27.3., Ev. Gemeindezentrum Essen-  
Altenessen-Süd

### Regionalkonferenz „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“

Veranstalter: Ökum. Netze Mittelrhein und Rhein Mosel Saar, Südwind u.a.

Infos: Netzbüro

## April

2.-4. 4.

### „Getrennte Welten“ - Die Rolle der palästinensischen Frauen im Israel-Palästina-Konflikt

Zielgruppe: alle interessierten Frauen

Anfragen an Bildungswerk der KAB, Anja Loch, Weberbach 71, 54290 Trier, 0651 - 97085-12, e-mail: bildungswerk@kab-trier.de

3.4., Köln - Stuttgart - Berlin

### Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag

Europaweiter Aktionstag der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften

Infos: Netzbüro, Tel.: (0 26 31) 35 41 40

### 23.4., 17h, Nell-Breuning-Haus / Dillingen Bilden - Bewegen - Beteiligen: Impuls und Hilfen für die Bildungsarbeit

Referent: Arthur Biesalski / KAB

Veranstalter: KAB Saar

24.4., Köln

### Mitgliederversammlung des Südwind e.V. Institut für Ökonomie und Ökumene

Infos: Südwind e.V., Tel.: (0 22 41) 5 36 17, eMail: info@suedwind-institut.de

24.4., 11-13h, Löhrstr. Koblenz / Arche Noa Brunnen

### Stand von amnesty international

## Mai

1.5., Landesgartenschau Trier

### Regionaler Abschluss der Fairnessring-Aktion

Infos: KJZ Trier, Lorenz Müller, Tel. (06 51) 7 60 77

4.5., Landesgartenschau Trier

### Bildung für nachhaltige Entwicklung

Fortbildungsveranstaltung für LehrerInnen und ErzieherInnen Veranstalter: LA 21 Trier e.V. in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung

Infos: Kleinwaechter@la21-trier.de

14.-16.5., Ökumenische Werkstatt Wuppertal

### Kaufen im Weltsupermarkt

Seminar zur Einführung in die Grundlagen zu Welthandel und wirtschaftlicher Globalisierung

Zielgruppe: Jugendliche ab 16 Jahren und Multiplikatoren

Veranstalter: Amt für Jugendarbeit und Ökumenische Werkstatt

15.5., 11-13h, Löhrstr. Koblenz / Arche Noa Brunnen

### Stand von amnesty international

16.5., 10h, Großrosseln

### „Menschen beteiligen - Gerechtigkeit schaffen“ - Sozialstaat und Tätigkeitsgesellschaft. Landesbezirkstag der KAB Saar

Forumsteilnehmerin: Dr. Regina Görner / Sozialministerin Saarland

Veranstalter: KAB Saar

17.-22.5., Blankenberge / Belgien

### „Frauen für Europa - Europa für die Frauen“

Studienfahrt für Frauen

Zielgruppe: alle interessierten Frauen

Anfragen an Bildungswerk der KAB, Anja Loch, Weberbach 71, 54290 Trier, 0651 - 97085-12. e-mail: bildungswerk@kab-trier.de

18.5., Volkshochschule Trier, R. 005

### „Nachhaltiges Trier als Antwort auf die Gefahren der Globalisierung?“

Referent: Prof. Bernd Hamm,

Infos: Kleinwaechter@la21-trier.de

27.5., 20h, Rhein-Gymnasium Sinzig

### Globalisierung - Die Welt zerstören oder gestalten

Vortrags- und Gesprächsabend im Rahmen Forum Zukunft Rhein-Gymnasium Sinzig

Referent: Dr. Wolfgang Kessler, Wirtschaftswissenschaftler, Chefredakteur Publik Forum

Veranstalter: Rhein-Gymnasium Sinzig, KEB

## Juni

5.6., 10-17h, Trier

### Das Soziale neu denken.

Netzversammlung des Ökumenischen Netzes

Infos: Netzbüro, Tel.: (0 26 31) 35 41 40

11.-12.6., Waldbreitbach

### Jugendliche in der Partnerschaftsarbeit

Seminar für JugendmitarbeiterInnen, die in der Partnerschaftsarbeit mit Partnerkirchen aus Asien oder Afrika aktiv sind

Veranstalter: Amt für Jugendarbeit und GMÖ Mittelrhein

8.6.- 19.7., Kirchenoase auf der Landesgartenschau Trier

### Ausstellung „Blumenwelten - Der dornige Weg vom Feld zur Vase“,

Infos: Kleinwaechter@la21-trier.de

16.6., Volkshochschule Trier, R.005

### Nachhaltige Kultur- und Bildungspolitik in Trier

Referent: Dr. Michael Schmidt-Salomon,

Infos: Kleinwaechter@la21-trier.de

19.6., 11-13h, Löhrstr. Koblenz / Arche Noa Brunnen

### Stand von amnesty international

## Juli

2.-4.7., Bildungshaus der Waldbreitbacher Franziskanerinnen in Waldbreitbach

### Versöhnungsarbeit im Schatten des Kolonialismus.

Tagung zur Erinnerung an den antikolonialen Widerstandskrieg und Völkermord in Namibia (1904-1907)

Veranstalter: u.a. GMÖ Mittelrhein und Referat Ökumene und Erwachsenenbildung Kkrs. Koblenz

13.7., 19,30h, Martinusgymnasium Linz

15.7., 20h, Mayen, Bücherstube

### Der Tod ist ein Geschenk - Die Geschichte eines Selbstmordattentäters

Autorenlesung mit Raid Sabbah, Journalist, Autor und Filmemacher, Filmakademie Ludwigsburg